

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Oskar Lafontaine zur
Unions-Bereitschaft
zum Kassensturz: Ein-
kehr zum Realismus.

Seite 1

Constanze Krehl MdEP
zum Ergebnis der
Dresdner EP-Konferenz
zur Entwicklung der
neuen Bundesländer:
Den Verteilungsprozeß
umkehren.

Seite 2

Peter Reuschenbach
MdB zu einem Besuch
bei den Roma, die in
Skopje angesiedelt
wurden: Enttäu-
schende Erfahrungen
mit der Rückführung.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB zu
den Konsequenzen der
Tarifrunde im öffentli-
chen Dienst: Ent-
täuschung und Verdros-
sene.

Seite 4

Carl Ewen MdB und
Christian Müller MdB zu
Möglichkeiten, das
Tourismuspotential in
den neuen Bundeslän-
dern auszuschöpfen:
Zum Beispiel: Das Erz-
gebirge und die Ober-
lausitz.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

47. Jahrgang / 97

21. Mai 1992

Einkehr zum Realismus

Zur Unions-Bereitschaft zum Kassensturz

Von Oskar Lafontaine
Ministerpräsident des Saarlandes
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Ich begrüße es ausdrücklich, daß die CDU jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die endlich eine Übersicht über die Kosten der Einheit und ihre Finanzierung erstellen soll. Es ist erfreulich, daß die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer darauf drängen, die Schönfärberei der Bundesregierung zu beenden und eine realistische Bestandsaufnahme vorzulegen. Offensichtlich gibt es außerhalb der Bundesregierung Stimmen, die erwarten lassen, daß bald auch in der CDU eine realistischere Einschätzung der Lage in Deutschland einkehrt.

Bedauerlich ist aber, daß der überfällige Kassensturz nicht schon vor dem Parteiengespräch am 27. Mai erfolgt. Um bei diesem Gespräch greifbare Ergebnisse erzielen zu können, sollte der Bundeskanzler noch vor dem 27. Mai ein vollständiges Finanzkonzept mit konkreten Sparvorschlägen vorlegen.

Die realistische Feststellung des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, die Frage nach Steuererhöhungen sei nicht geklärt und es sei nicht sinnvoll, dazu schon jetzt Festlegungen zu treffen, hebt sich in wohltuender Weise von der Erklärung von Bundesfinanzminister Waigel ab, mit der SPD nicht über Steuer- und Abgabenerhöhungen reden zu wollen. Im Interesse eines konstruktiven Verlaufs des Parteiengesprächs fordere ich Bundeskanzler Kohl auf, seinen Finanzminister dazu zu ermahnen, derartige Äußerungen, die das Gesprächsklima belasten, einzustellen. Für die SPD ist es schwer genug, mit Leuten zu reden, die bis heute weder die Größe der Herausforderung begriffen noch überzeugende Lösungskonzepte anzubieten haben.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ohne drastische Einsparungen und eine stärkere Verschiebung der Lasten in Richtung der Einkommensstarken die Sanierung der Staatsfinanzen nicht erreicht und der soziale Friede nicht gesichert werden kann. Ich gehe allerdings davon aus, daß, wenn es nach demokratischen Maßstäben geht, die Bundesregierung eine weitere Steuer- und Abgabenerhöhung nicht überstehen wird.

(-21. Mai 1992/rs/ks)

Versandkostenbeitrag
für den ersten Abnehmer
Kassenspendenkarte



Den Verteilungsprozeß umkehren

Zum Ergebnis der Dresdner EP-Konferenz zur Entwicklung der neuen Bundesländer

Von Constanze Krahl MdEP

Die Dresdner Konferenz zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in den fünf neuen Bundesländern hat ein eindrucksvolles Bild vom Prozeß der deutschen Einigung geliefert. Für die Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments aus den elf Partnerstaaten waren die Informationen aus erster Hand von großer Bedeutung, die ihnen von Betroffenen ebenso wie Verantwortlichen aus den neuen Bundesländern wie den Verwaltungen geliefert wurden.

Diese Fülle der Informationen muß jetzt aufgearbeitet werden. Schon bald wird die Sozialistische Fraktion darüber debattieren. Außerdem wollen wir uns mit der EG-Kommission über die jetzt notwendigen Schritte verständigen. Gemeinsam mit ihr wollen wir bis zur Folgekonferenz im Herbst einen Maßnahmenkatalog erarbeiten. Vor allem wird wichtig sein, schon jetzt zu erörtern, welche Übergangsfristen für die Anwendung des EG-Rechts in den neuen Bundesländern verlängert werden müssen.

Im sozialen Bereich müssen die EG-Organen sich besonders der Frauen in der ehemaligen DDR annehmen. Sie haben gegenwärtig einen Großteil der Lasten des Einigungsprozesses zu tragen. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die Probleme der deutschen Einigung nicht zu vergleichen sind mit jenen des ost-westeuropäischen Einigungsprozesses; diese sind um ein Vielfaches schwieriger.

An die deutsche Adresse lauten die Forderungen, die zu erfüllen auch wichtig ist, damit die Partner in der EG weiter bereit sind, den deutschen Einigungsprozeß mit ihrem Finanzaufkommen in der EG zu unterstützen:

1. Der Verteilungsprozeß muß umgedreht werden. Bisher hat ein gigantischer Umverteilungsprozeß von Ost nach West stattgefunden. Die Gewinner der wirtschaftlichen Einheit sitzen nahezu ausnahmslos in Westdeutschland. Bezahlt wird die Zeche von den abhängig Beschäftigten in Ost und West. Deshalb fordere ich Bundesminister Blüm auf, seinerseits alles zu tun, damit das System des Investivlohns attraktiver wird und den arbeitenden Menschen nicht Lohnverzicht abverlangt und die Steuerschraube angezogen wird, während andere sich als Gewinner der Einheit ins Fäustchen lachen.
2. Minister Blüm ist darüber hinaus aufgefordert, endlich der Bundesanstalt für Arbeit und damit den Arbeitsämtern die bisher übliche skandalöse Diskriminierung von Müttern zu verbieten. Es geht nicht an, daß in Deutschland eine Frau (kein Mann) nachweisen muß, daß seine Kinder einen Betreuungsplatz haben. Andernfalls werden sie noch nicht einmal als arbeitsuchend registriert. Es ist ein Hohn, daß hierzulande die Kindergärten zu Hunderten zerschlagen wurden mit dem Ergebnis, daß vor allem alleinerziehende Frauen die Hauptleidtragenden der Arbeitslosigkeit sind. Ich werde den Sachverhalt durch den Frauenausschuß des Europäischen Parlaments untersuchen lassen und schließe im Ergebnis eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nicht aus.
3. Sachsen, aber auch Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, müssen noch mehr als bisher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen bzw. der CSFR etatmässig absichern. Die Grenzregionen dürfen unsere Völker nicht trennen, sondern müssen auch im Wirtschaftsbereich Bindeglieder werden. Die Europäische Gemeinschaft muß in diesem Sinn das PHARE Programm erheblich ausbauen.

Damit komme ich zu den Forderungen an die EG, der ja im übrigen das Kompliment gemacht werden muß, die Entwicklung in Ost- und Mitteldeutschland 1989 und 1990 klarer und schneller gesehen zu haben als die Bundesregierung und der Regierungschef der DDR, der ja seinen Finanzminister, meinen jetzigen EP-Kollegen Walter Romberg entlassen hat, weil er vor zuviel Blauäugigkeit gewarnt hat.

Zur EG: Sie muß dafür sorgen, daß die Verabschiedung des Delors-II-Pakets und der neuen Strukturfondsrichtlinien mit einem neuen Förderkonzept verbunden werden, das eine erhöhte Mittelausstattung zu effektiverem Einsatz bringt. Die Bundesregierung, vor allem Herr Minister Walgel, müssen einsehen, daß diese zusätzlichen Aufgaben der EG notwendigerweise auch finanziert werden müssen. Es wäre gut, wann auch hierzu fände an Baustellen und in Betrieben darauf hingewiesen würde, wieviel Mittel aus Brüssel zu welchem Zweck geflossen sind.

(-/21. Mai 1992/rs/Ks)

Enttäuschende Erfahrungen mit der Rückführung
Zu einem Besuch bei den Roma, die in Skopje angesiedelt wurden

Von Peter Reuschenbach MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Die Erfahrung mit dem sogenannten Re-Integrationsprogramm der Landesregierung NRW für zurückgeführte Roma (im Augenblick 50 Familien mit circa 250 Personen) ist enttäuschend. Die für diese Zurückgeführten gebauten Häuschen sind sehr passabel und die zurückgeführten Bewohner haben sich auch viel Mühe gegeben zum Beispiel die Außenanlagen herzurichten. Die Unterstützung in den ersten sechs Monaten, zuletzt vier Monate berufliche Fortbildungskurse für diverse Berufe, hat ausreichend und planmäßig stattgefunden. Aber - und das ist die große Lücke - nach Ende dieser Kurse, woran 97 berufswillige und berufsfähige Personen der insgesamt 250 Zurückgeführten teilgenommen haben und die jetzt Ende Mai abgeschlossen werden, tritt Arbeitslosigkeit in fast allen Fällen ein. Am 12. Mai, dem letzten Tag meines Aufenthaltes in Skopje, gab es nicht einen einzigen sicheren Arbeitsplatz. Die in Aussicht stehenden waren an einer Hand abzuzählen.

Damit ist meiner Meinung nach das eigentliche Ziel, nämlich RE-Integration nach Rückkehr, nicht erreicht. Es ist auch keinerlei finanzielle und materielle Vorsorge getroffen, daß in einem Gebiet mit ohnehin außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit (30 Prozent und mehr) für die Rückkehrer Arbeitsplätze geschaffen oder gefunden werden können. Wenn das nicht geschieht, etwa durch vorübergehende Lohnkostenzuschüsse für einstellungswillige Arbeitgeber oder angemessene Starthilfen für die Eröffnung eines Handwerks- oder Ladenbetriebes, dann bleibt das sogenannte Re-Integrationsprogramm Stückwerk und verdient auf keinen Fall den Namen Modellprojekt.

Außerdem ist es sehr fraglich, ob Zurückführung ausgerechnet in einen riesigen Slum, den der Skopje-Stadtteil Shutka mit seinen 20. bis 25.000 Roma darstellt, stattfinden kann. Diese leben in elendsten Verhältnissen - in Erdhöhlen, verfallenen Häusern und alten Blechbaracken. So kann man leicht nachvollziehen, daß den Zurückgeführten mit ihren ganz passablen Häuschen und der Anfangsunterstützung zunächst beträchtlicher Sozialneid aus der Umgebung entgegenschlägt. Vernünftiger wäre ganz eindeutig, solche Häuschen nicht in einem solchen Slum, sondern an anderer Stelle - Skopje oder Umgebung - zu bauen, um den Zurückgeführten derartigen Neid zu ersparen und aber ihnen auch eine Orientierung "nach oben" zu geben.

Jetzt wäre eine Pause zum Nachdenken und Überprüfen des Gesamtkonzepts angezeigt. Auf jeden Fall sollte die NRW-Landesregierung veranlaßt werden, die schon in Kürze vorgesehene Rückführung von weiteren zig Familien zunächst zurückzustellen und die Erfahrungen der ersten Phase auszuwerten.

Zweiter Reiseschwerpunkt war der Kosovo. Ich hätte nicht gedacht, daß die Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung der Kosovo-Albaner durch die serbische Regierung, die seit Beseitigung des Autonomiestaatcs für den Kosovo praktisch Besatzungsmacht ist, so brutal ist. Das geht von der Aufhebung des staatlichen Schulwesens über Masseninhaftierungen und Massenentlassungen bis hin zur Zerstörung des Gesundheitswesens durch Massenentlassungen von Ärzten und bis zu auch zahlenmäßig nennenswerten Verletzungen und Tötungen bei allen möglichen Zwischenfällen, vor allem aber von jungen Albanern in der Armee. Zehntausenden wird das nackte Überleben nur durch die segensreiche Lebensmittelhilfe eines Mutter Theresia Vereins gewährleistet.

(-/21. Mai 1992/rs/ks)

Enttäuschte und Verdrossene **Zu den Konsequenzen der Tarifrunde im öffentlichen Dienst**

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Die Tarifrunde 1992 im öffentlichen Dienst hinterläßt im wesentlichen Verliererinnen und Verlierer. Enttäuschte und Verdrossene. Die Tarifrunde 1993, in der der öffentliche Dienst erneut der "Vorturner" sein wird, muß deshalb schon heute anders und besser vorbereitet werden. Die Gewerkschaften werden ihre eigene Aufarbeitung haben; da hat sich die Politik nicht einzumischen. Die Politik ist aber verantwortlich für das Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber, die in der aktuellen Runde kein besonders gutes Bild abgegeben haben. Wer die Ursachen der Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg untersucht, wird an diesen Fehlern und Versäumnissen nicht vorbeikommen und Konsequenzen daraus ziehen müssen.

Die Tarifrunde 1992 wurde offenkundig von den öffentlichen Arbeitgebern als "business as usual" mit den üblichen Ritualen verstanden. Sie ist offenbar nach dem Schema der Wiederholung behandelt worden. Offensichtlich hat sich kein Kabinett mit der sozialen Lage und der Stimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes - insbesondere der unteren Einkommensgruppen - befaßt. Niemand hat den politischen Sprengstoff abgeschätzt, der sich da aufgetan hat. Die meisten Länder waren in den entscheidenden Runden schlicht durch Beamte vertreten. Die Ministerpräsidenten wurden erst alarmiert, nachdem das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Das kann so nicht weitergehen. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen in den Tarif-Kommissionen durch verantwortliche und sensibilisierbare Politiker vertreten sein und nicht länger bloß durch Schema-Beamte, die ihre Kasse verteidigen, auch wenn alles in Scherben fällt.

Die Ministerpräsidenten dürften inzwischen alle begriffen haben, daß sie politisch mit dafür haftbar gemacht werden, wie sich die Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber in der öffentlichen Auseinandersetzung und am Verhandlungstisch gebärden. Sie können sich nicht hinter der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder verstecken, die ihr Instrument ist und nach ihren Instruktionen arbeiten muß. Die Verselbständigung der öffentlichen Tarifpolitik in dieser Apparatur mag manchem bequemer erscheinen. Allein, das Versteck ist entdeckt, und niemand entgeht seiner politischen Haftung, auch wenn er seinen Anteil noch so sehr im undurchschaubaren Dickicht der Tarifgemeinschaft verbergen möchte. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt dies ganz besonders, nachdem wir in den meisten Ländern und auch auf Seiten der Kommunen über erheblichen Einfluß verfügen.

Gefordert sind aber auch die Parlamente, die mit den Haushaltsbeschlüssen die Rahmenbedingungen für die Verhandlungen setzen und im Beamtenbereich die Entscheidungen treffen müssen. Man mag die dadurch verursachte Politisierung der Tarifpolitik bedauern. Doch die Entscheidungen der Tarifrunden sind Politik. Es kann nicht sein, daß sich wirkliche und selbsternannte Sachverständige, Interessenten und Lobbyisten, Bundeskanzler und Finanzminister zu Wort melden, Porzellan zerschlagen, Vertrauen zerstören, während die Parlamente warten, schweigen und umsetzen und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von den Bürgerinnen und Bürgern draußen in den Veranstaltungen für das Verhalten der Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber verantwortlich gemacht werden.

Die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ist für sich selbst und wegen ihrer Fernwirkungen eine politische Frage. Sie muß im Diskurs erörtert werden, rechtzeitig und mit allen Fakten. Dazu gehört eine schonungslose Bestandsaufnahme der materiellen Lage der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, mit der für die Runde 1993 jetzt schon begonnen werden muß. Die alten Rituale erzeugen nur noch Enttäuschung und Verdrössenheit. Wir müssen neue Wege suchen und erproben. Gerade die Erfahrungen in den neuen Ländern zeigen, wie existenziell ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst für alle, auch für die Wirtschaft ist. Darum ist es hoch an der Zeit, den öffentlichen Diskurs darüber zu führen, daß dieser öffentliche Dienst in der arbeitstelligen Gesellschaft auch materiell richtig eingestuft wird.

(-/21. Mai 1992/rs/ks)

Zum Beispiel: Das Erzgebirge und die Oberlausitz

Zu Möglichkeiten, das Tourismuspotential in den neuen Bundesländern auszuschöpfen

Von Carl Ewen MdB

**Fremdenverkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und
Christian Müller MdB (Zittau)**

Sowohl das Erzgebirge als traditionelles Fremdenverkehrsgebiet wie auch die Oberlausitz mit landschaftlich reizvollen Felsformationen im Zittauer Gebirge, den regionsspezifischen "Umgebendehäusern" sowie den historischen Städten Zittau und Görlitz verfügen über ein gutes Potential als Ferienregion. Zur Umsetzung allerdings bedarf es noch einer Reihe unterstützender Maßnahmen.

1. Einheimische Investoren stützen

Investoren aus den neuen Bundesländern müssen zusätzliche Hilfestellung erhalten. Denkbar ist dabei die Stundung des Kaufpreises durch die Treuhand. Bei allen touristischen Objekten muß die Möglichkeit gegeben werden, langfristige Pachtverträge mit Investitionsschutz abzuschließen. Ergänzend ist es erforderlich, daß die Treuhand verstärkt Tourismuskonferenzen vor Ort abhält und hierzu alle Beteiligten, einschließlich der Banken, an "einen Tisch" holt.

Dringend muß der sich abzeichnenden Gefahr einer Stagnation auf dem jetzt erreichten Niveau entgegengewirkt werden. Gegenwärtig setzt ein problematischer Kreislauf ein: unzureichende Beherbergungskapazitäten machen Investitionen in anderen Bereichen wie Gaststätten und Handel wirtschaftlich unattraktiv. Andererseits sind gerade diese Angebote unverzichtbarer Bestandteil einer attraktiven Tourismusregion. Hinzu kommt die sinkende Bereitschaft westlicher Investoren, sich in den neuen Bundesländern zu engagieren - bei gleichzeitig erschwerten Bedingungen für Interessenten aus den neuen Bundesländern, angesichts schwer kalkulierbarer Wirtschaftlichkeit und oft schlechter Kapitalausstattung, Kredite zu erhalten. Neben ungeklärten Eigentumsfragen werden diese Faktoren zu Hemmfaktoren für die Fremdenverkehrsentwicklung. Dieser Kreislauf muß durchbrochen werden.

Notwendig sind koordinierte Anstöße für eine abgestimmte regionale Tourismusentwicklung. Als Grundlage müssen mittel- und langfristige Konzeptionen und Schwerpunktsetzungen von den Gebietskörperschaften vorgelegt werden. Damit wird auch eine verlässlichere Basis geschaffen, um bei den Banken eine erweiterte und gezielte Kreditvergabe zu erreichen. Ergänzend müssen hierzu Spitzengespräche zwischen Bundesregierung, Treuhandanstalt und Banken stattfinden, um die Kreditvergabe an Investoren aus den neuen Bundesländern zu verbessern.

2. Tourismusregionen müssen grenzüberschreitend entwickelt werden, Grenzübergänge geöffnet werden

Viele Tourismusregionen in den neuen Bundesländern können ihr Potential erst dann voll ausschöpfen, wenn sie grenzüberschreitend entwickelt werden. Hierzu müssen zum einen grenzübergreifende Tourismuskonzeptionen entwickelt werden; zum zweiten müssen verstärkt Grenzübergänge, auch für Wanderer, geöffnet werden. Erst dann können Oberlausitz und Erzgebirge ihre Vorzüge als Drehscheibe nach Polen und die CSFR, als attraktive Wanderregionen, voll zur Geltung kommen.

3. Randlage durch gute Verkehrsanbindung ausgleichen - Attraktionen wie Schmalspurbahnen erhalten

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Grenzregionen ist die Sicherstellung einer ausreichenden verkehrlichen Anbindung. Der Vorrang muß dabei der Bahn gelten, zum Beispiel durch Verlängerung des Interregio bis Zittau. Eine besondere Rolle kommt dabei den Schmalspurbahnen zu, die darüber hinaus einen touristischen Anziehungspunkt darstellen. Sie müssen in ein regionales Verkehrskonzept einbezogen werden. Sowohl die Linie Zittau-Jonsdorf beziehungsweise Oybin wie auch Wolkenstein-Jöhstadt gilt es zu erhalten beziehungsweise wieder einzurichten. Gleiches gilt für das Ausbesserungswerk für Schmalspurbahnen in Görlitz. Die Deutsche Reichsbahn darf auf keinen Fall Fahrzeuge und Einrichtungen der Schmalspurbahnen verkaufen. Ergänzend ist an die Errichtung von Schmalspurbahn-Museen zu denken. Zur Koordinierung der Aktivitäten in diesem Bereich und zur Stärkung der Interessenvertretung sollte ein bundesweiter Dachverband der Schmalspurbahnfreunde gegründet werden.

(-/21. Mai 1992/rs/ks)
